

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kanfer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steindrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Rössischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beilagen- oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Die Gewerkschaften zur Lebensmittelversorgung.

Eine bedeutungsvolle Kundgebung zur Lebensmittelversorgung bedeuten die Eingaben, welche die Gewerkschaften aller Richtungen am 21. Februar gemeinsam an den Reichskanzler und an das Kriegsernährungsamt gerichtet haben. Die Lebensmittelversorgung ist eine Angelegenheit, welche alle Arbeiter gleichmäßig interessiert; unter den Mängeln der Versorgung leiden alle Arbeiter, und es ist wichtig, zu beachten, daß sich die Gewerkschaften der verschiedenen Richtung in der Vertretung gemeinsamer Forderungen in der Lebensmittelfrage zusammengefunden haben. Die Eingaben, die wir nachstehend im Wortlaut wiedergeben, sind nicht nur von den Zentralstellen der Gewerkschaften, nämlich: Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Verband der Deutschen Gewerksvereine (D.G.V.), Polnische Berufsvereine, Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht, Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände, sondern auch von den Vorständen der einzelnen diesen Zentralen angeschlossenen Berufsverbände unterzeichnet. Das gibt dieser Kundgebung ein um so größeres Gewicht, und wir wollen hoffen, daß sich die maßgebenden Stellen den gemachten Darlegungen nicht verschließen.

Die Eingabe an den Reichskanzler hat folgenden Wortlaut:

Die unterzeichneten Organisationen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands geben Euer Erzellenz Kenntnis von der heiligsten Eingabe an das Kriegsernährungsamt, die sich gegen die völlig unbefriedigende Regelung der deutschen Ernährungsverhältnisse während der Kriegszeit wendet und die Ursachen dafür nicht lediglich in der Knappheit der Lebensmittel, sondern auch in dem Mangel einer strengen Durchführung gerechter Verteilung der vorhandenen Vorräte erkennt. — Die Erklärung für diese unzureichenden Maßnahmen ist darin zu suchen, daß das Kriegsernährungsamt zu sehr von der Durchführung seiner Maßnahmen seitens der Bundesregierungen abhängig ist und besonders durch den Widerstand des preussischen Landwirtschaftsministers gegen alle Eingriffe in die Sonderstellung der landwirtschaftlichen Erzeuger beengt wird. Diese Hemmungen einer gerechten Regelung der Ernährung werden von der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung mit wachsender Sorge und Erbitterung verfolgt und müssen den dringenden Wunsch nach einer anderen Stellung des Kriegsernährungsamts, die es unabhängig von dem mangelnden Verständnis oder Willen einzelstaatlicher Verwaltungszweige macht, nahelegen.

Dieses Verlangen wird zur staatlichen Notwendigkeit angesichts der großen Aufgaben, die die Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstes erfordern. Der vaterländische Hilfsdienst rückt die Ernährung der deutschen Zivilbevölkerung in gleiche Linie mit der Versorgung des Heeres und der Marine; denn bei der Fortdauer der Ernährungs Schwierigkeiten würde die heimische Arbeitsarmee außerstande sein, die Leistungen auf einer Höhe zu erhalten, wie sie die Landesverteidigung erfordert.

Die Organisationen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands, die die Pflicht übernommen haben, nach besten Kräften für die Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstes einzutreten, fühlen sich verpflichtet, auf diesen Zusammenhang zwischen Hilfsdienst und Kriegsernährung besonders hinzuweisen und zur Abstellung der gerügten Mängel folgende Wünsche dem Herrn Reichskanzler zu unterbreiten:

1. Zwischen dem Kriegsernährungsamt und dem Kriegsernährungsamt ist eine angemessene Verbindung für das Gebiet der Lebensmittelversorgung herbeizuführen. Im Kriegsernährungsamt wird je eine Abteilung für den Heeres- und den Zivilbedarf an Lebensmitteln geschaffen, die Befugnis erhalten, an den Beschlüssen des Kriegsernährungsamts mitzuwirken, die Durchführung der Bestimmungen deselben zu überwachen und die Lebensmittelvorräte für die allgemeine Volks- und Heeresversorgung zu beschlagnehmen, zu enteignen und an der Verteilung derselben mitzuwirken.

2. In den Bezirken der einzelnen Generalkommandos sind Unterkämter des Kriegsernährungsamts für Lebensmittelbeschaffung zu bilden, auf die das Kriegsernährungsamt seine Funktionen übertragen kann, mit der Maßgabe, daß die Verteilung nach den Anordnungen der Zentralstellen zu erfolgen hat. Die Beauftragten des Kriegsernährungsamts haben das Recht, jeden Raum, in dem vermutlich Lebensmittel aufbewahrt oder verarbeitet werden, zu betreten und in die Durchführung jedes Betriebes der Erzeugung oder des Verbrauches von Lebensmitteln Einsicht zu nehmen. Sie können die Zurückhaltung oder Weiterverarbeitung von Lebensmitteln verbieten und mit Strafe bedrohen.

Die unterzeichneten Organisationen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands bitten den Herrn Reichskanzler dringend, diese Wünsche in die ernsteste Erwägung zu ziehen und alsbald im Verordnungswege zur Verwirklichung zu bringen.

(Unterschriften.)

Die Eingabe an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, betreffend Organisation der Lebensmittelversorgung, lautet:

Die Lebensmittelversorgung in Deutschland spitzt sich, je länger der Krieg dauert, immer mehr zu. Die Verteilungspolitik folgt dieser Tatsache nur unzureichend, so daß sich in den Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung, besonders der Arbeiter und Angestellten, eine wachsende Erregung bemerkbar macht, die für die weitere Entwicklung unserer Landesverteidigung und Kriegswirtschaft nicht unbeachtet bleiben kann. Diese Erregung wendet sich nicht gegen die Tatsache, daß infolge der sich schwieriger gestaltenden Erzeugung der Vorräte an Lebensmitteln immer knapper werden, denn damit muß bei weiterer Fortdauer des Krieges gerechnet werden; wohl aber nimmt sie Anstoß an der Art der Verteilung, die den berechtigten Widerspruch der darunter leidenden Volksschichten herausfordert muß.

Diese Verteilung entbehrt der strengen und gerechten Ordnung, die in der gegenwärtigen Lage der deutschen Bevölkerung unbedingt gefordert werden muß. Sie begünstigt solche Schichten, die ohnehin keinen Mangel an Nahrungsmitteln leiden, und ermöglicht es wohlhabenden Kreisen, sich für Geld ausreichende Lebensmittel zu verschaffen zum Schaden der ärmeren Volksschichten. Gewissenlose Elemente unter den Erzeugern wie unter den Verbrauchern finden sich täglich zusammen, um wegen eines erhöhten Gewinnes oder Gemisses das deutsche Volk um einen Teil seiner Nahrung zu betrügen, und die im Kriegsernährungsamt konzentrierte Staatsgewalt ist nicht imstande, diese fortgesetzten Verbrechen an der Nation wirksam zu verhindern, weil einzelne bundesstaatliche Regierungen jeden tieferen Eingriff in die landwirtschaftliche Ernährungswirtschaft verhindern. Vor allem ist es das preussische Landwirtschaftsministerium, das sich schüßend vor die privatwirtschaftlichen Ansprüche der Landwirte stellt und diesen eine Ausnützung der Lebensmittelnot des deutschen Volkes sichert, die das Reich in die größten Gefahren bringen muß. Es muß ausgesprochen werden, daß der preussische Landwirtschaftsminister als der Mittelpunkt aller Widerstände in der Lebensmittelversorgung betrachtet werden muß, dessen Walten mit einer gerechten, ausgleichenden Regelung der Volksernährung im Kriege absolut unvereinbar ist. Bundesstaatliche Schranken, Nüchternheit auf die Erzeuger und Scheu vor schärferen Kontrollmaßnahmen müssen dazu dienen, die Wege offenzuhalten, auf denen die Durchführung unserer Ernährungswirtschaft vereitelt und ihr Ansehen in allen Volksschichten zum Weipost gemacht wird.

Die Arbeiter und Angestellten, die allezeit ihre Kräfte in den Dienst der Landeswohlfahrt und Kriegswirtschaft gestellt haben, und deren Vertretungen über die Stimmung des Volkes wohl unterrichtet sind, müssen gegen die Fortdauer dieser leibhaftigen Einspruch erheben und eine Neuordnung der Ernährungsverhältnisse verlangen, die für eine gerechte, aber auch strenge Durchführung der Verteilung der zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel bürgt.

Vor allem hat sich hinsichtlich der mit der Kartoffelversorgung gemachten Erfahrungen große Enttäuschung ausgebreitet. Die im Widerspruch zu dem starken Andrang von Frühkartoffeln im Sommer 1916 stehende schlechte Ernte in Winterkartoffeln im Herbst gleichen Jahres gibt der Vermutung Raum, daß dieser Ernteausschlag nicht bloß auf die Ungunst natürlicher Verhältnisse zurückzuführen ist, sondern auch auf Einschränkung der Anbauflächen und auf schlechte Bewirtschaftung. Ein solches Ergebnis mußte aber unter allen Umständen vermieden werden, wenn die Volksernährung nicht in Frage gestellt werden soll. Die vorhandene Knappheit allein auf die Minderernte, auf ungenügende Transportverhältnisse und auf Erschwerung der Erntearbeiten zurückzuführen, begegnet berechtigten Zweifeln. Es ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß der Ernteausschlag geringer angegeben worden ist, um größere Mengen von Kartoffeln der Menschennahrung zu entziehen und für Fütterungszwecke zu reservieren, was mangels der Sicherung der Kartoffelmieten vor eigenmächtigen Eingriffen leicht möglich ist. Die Preisausschlüsse für eingewürfelte Kartoffeln, die am 18. Februar 1917 in Kraft treten sollten, waren geeignet, zur Zurückhaltung anzureizen und die weitere Wintererzeugung zu fördern. Deshalb müssen Maßnahmen getroffen werden, die die rechtzeitige Zuführung der benötigten Kartoffelmengen in die Städte unter allen Umständen sichern.

Vor allem müssen die unterzeichneten Organisationen gegen jede weitere Herabsetzung der Kartoffelrationen ihre warnende Stimme, und gegen jede weitere Erhöhung der Preise für Speisekartoffeln ener-

gisch Widerspruch erheben. — Es ist sobald als irgend möglich eine Bestandsaufnahme an Kartoffeln durchzuführen und, sofern deren Ergebnis dies als nötig erscheinen läßt, ein Verfüterungsverbot von Kartoffeln für Schweine zu erlassen und mit wirksamen Maßnahmen durchzuführen.

Auch die Brotversorgung, die in den ersten Kriegsjahren sich bewährt hat, abgesehen von ungerechtfertigten örtlichen Preisunterschieden, hat Schwierigkeiten gezeigt, die durch den Mangel an Stredungsmitteln nicht genügend erklärt werden. Denn im Widerspruch damit steht die überhandnehmende Erzeugung an Weißgebäck und Kuchen, die durch höhere Gewinne begünstigt wird. Wir wenden uns dagegen, daß eine Abhilfe in der Bekämpfung der Brotkraktionen gesucht wird, bevor alle anderen Mittel strenger Vereinheitlichung der Brotversorgung erschöpft sind. Die Forderung, daß die Verwendung von Getreide, das für Brotstredung in Betracht kommt, für Genussmittel und Futterzwecke tunlichst eingeschränkt wird, ist hierbei zu berücksichtigen. Gegenüber dem Ausfall von Kartoffeln macht sich in der Bevölkerung ein stärkeres Bedürfnis nach Nahrungsmitteln aus Gerste und Hafer geltend, dem wir nach Möglichkeit Rechnung zu tragen ersuchen.

Die Obst- und Gemüseversorgung war ebenfalls völlig unbefriedigend; sie litt nicht unter schlechten Erntergebnissen, sondern unter mangelhafter Organisation gegenüber der starken Nachfrage, die den Gewinnabsichten der Erzeuger in die Hand arbeitete. Die Lieferungsverträge der Städte wurden vielfach durchkreuzt durch die Heeresverwaltung oder Konserverfabriken, und so wurde die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Gemüse und Marmeladen zu erschwinglichen Preisen gehindert.

Die Fleischversorgung krankt in erster Linie an der monopolartigen Stellung der Erzeuger und Fleischhändler in den Viehhandelsverbänden, denen die Gemeinden und Verbraucher fast widerstandslos ausgeliefert sind. Die Organisation der Viehhandelsverbände bedarf nach den seither gemachten Erfahrungen einer Neuregelung, bei der auch deren hohe Verdienste entsprechend zu kürzen sind. Dies ist um so notwendiger, als den Städten durch den preussischen Landwirtschaftsminister verboten worden ist, sich durch den Abschluß von Mastverträgen billiges Vieh zu beschaffen. Die Fleischpreise haben eine Höhe erreicht, die Fleisch und Fett für einen großen Teil der Bevölkerung unerschwinglich machen. Das ist aufs tiefste zu beklagen in einer Zeit, in der die Landesverteidigung die denkbar höchsten Anforderungen stellt, und bedarf einer Regelung, die vor keiner irgendwie gearteten Protektion zurückbleibt.

Sinnfälliger als Milch steht es zweifellos fest, daß die ländliche Bevölkerung, wenn auch keinen Ueberfluß, so doch solche Mengen zur Verfügung hat, daß die städtische Bevölkerung damit besser versorgt werden könnte. Es ist nicht zu ertragen, daß hier Kindern und Kranken die Milch verweigert werden muß, während solche auf dem Lande nicht bloß reichlicher als sonst verbuttert, sondern auch verfüttert wird. Jede Verzögerung der Reichsbewirtschaftung der Milch, die mit strenger Ablieferungspflicht der benötigten Mengen und strenger Nationalisierung beginnen muß, bedeutet eine Gefahr für die Volksgesundheit.

Die Eierversorgung ist durch die Massenabfuhr von geschlachtetem und für die Schlachtung bestimmtem Geflügel zu den städtischen Märkten im vorigen Herbst stark gefährdet worden. Die Eierpreise bis zu 50 Pf. und mehr pro Stück sind das Ergebnis dieser Art Ernährungs politik. Nur eine Förderung der Geflügelhaltung durch Ueberweisung der benötigten Futtermengen, die mit der Eierablieferung in engem Zusammenhang zu bringen ist, kann diese Verhältnisse bessern.

In der Versorgung mit Fischen vermissen wir vor allem eine systematische Erschließung der Bestände an Süßwasserfischen unserer Binnengewässer für die Volksernährung. Auch sind Maßnahmen dagegen nötig, daß die geringen verfügbaren Mengen an See- und Flußfischen von den Konserverfabriken aufgekauft und weiterverarbeitet werden und erst zu ungemessenen Preisen wieder an die Verbraucher gelangen.

Die Zuckerverzeugung muß mehr dem Bedürfnis angepaßt werden und bei den unzureichenden Mengen, die gegenwärtig der Bevölkerung zugänglich gemacht werden, ist das Sparen mit Süßstoffen nicht mehr am Platze.

Worauf ganz besonders Gewicht zu legen ist, ist die Herbeiführung einer vernünftigen Preisrelation zwischen den verschiedenen Lebens- und Futtermitteln. Die heutige Höchstpreisordnung ist nicht das Ergebnis vernünftiger Abwägung, sondern hat sich aufgebaut auf einer wilden Preisentwicklung, teilweise auch auf politischen Gesichtspunkten. So ist es möglich gewesen, daß die Preise für einzelne Produkte, zum Beispiel für Brotgetreide, um zirka 30 Prozent, dagegen für Hafer und Gerste zeitweise fast bis zu 100 Prozent und darüber gestiegen sind. Daraus ergibt sich eine andauernde Gefahr für Zurückhaltung der billigeren Produkte und der Anreiz zur Verfütterung, weil, wenn in Fleisch umgewandelt, der Verdienst ein weit höherer ist. Ferner auch, daß die lohnender erscheinenden Produkte vorzugsweise angebaut werden. Nach von landwirtschaftlicher Seite sind Bestrebungen für die Herbeiführung einer derartigen

Preisrelation laut geworden. Sie bewegen sich jedoch in der Hauptsache nach der Richtung, die ihnen zu niedrig erscheinenden Preise zu den höchsten hinaufzuführen. Dagegen muß entschieden Protest eingelegt werden. Preise wie für Safer, Gerste, Hülsenfrüchte, Fleisch usw. lassen sich nicht mit vorhandenen Produktionskosten rechtfertigen, sondern sind Kriegskonjunkturpreise, die auf der Notlage des Volkes sich aufbauen. Wir fordern eine Preisrelation, die sich aufbaut auf tatsächlichen Produktionskosten plus angemessenem Verdienst. Jeden Konjunkturgewinn, den die breite Masse zu tragen hat, und der ihr das Durchhalten fast unmöglich macht, müssen wir entschieden ablehnen.

Wenn im Vorhergehenden auf die einzelnen Mißstände näher eingegangen wurde, so darf dies nicht von der Hauptursache des Mißerfolges auf dem gesamten Gebiete der Kriegsernährung ablenken, die wir in der unzureichenden Organisation, vor allem des Kriegsernährungsamtes selbst, erblicken. Dieses Amt ist zwischen die durch die Bundesregierungen repräsentierte Zivilverwaltung und die Heeresverwaltung gestellt und kann nur Regeln und Verordnungen aufstellen, auf deren Durchführung es aber keinen oder nur ungenügenden Einfluß hat. Seine Pläne sind von dem durch die Landesregierungen gelieferten, meist unzureichenden Informationsmaterial, seine Beschlüsse von der Ausführung der oft widerwilligen einzelstaatlichen Verwaltungsorgane abhängig, und überdies greift die Heeres- und Marineverwaltung oft zwischen die besten Dispositionen mit rauher Hand dazwischen und macht ein mühsam aufgebautes Versorgungswert zunichte. Wenn man auch gern zugeben will, daß Heeresversorgung vor Zivilversorgung gehen muß, so verträgt sich dieses Verhältnis nicht mehr mit einer gesteigerten Heranziehung der Zivilbevölkerung, wie sie die Durchführung des Hilfsdienstgesetzes erfordert. Deshalb ist eine Organisation des Kriegsernährungsamtes vonnöten, die dieses in unmittelbare Verbindung mit dem Kriegsamt, dem die Heeresversorgung obliegt, bringt und es zugleich den hindernden Einflüssen einzelner Bundesregierungen entrückt, — eine Organisation, die die weitreichenden Befugnisse der militärischen Behörden auch für die Sicherung des Lebensmittelbedarfs der Zivilbevölkerung zuzugehen macht.

Die provinziellen und Kreiswirtschaftsämter, die das Kriegsamt neuerdings ins Leben gerufen hat, erscheinen uns durchaus geeignet, auch für die Aufgaben des Kriegsernährungsamtes, soweit es sich um die Herbeiführung einer strengen Rationierung und Verteilung sowie um die Sicherstellung der ausreichenden Abklieferung von Lebensmitteln auf dem Lande handelt, in Anspruch genommen zu werden. Die diesen Stellen übertragenen Funktionen hinsichtlich der Förderung der Erzeugung sollen nicht geschmälert werden. Notwendig ist aber ein schärferes Zugreifen durch eine behördliche Organisation, die weitverzweigt und unabhängig genug ist, um sich Beachtung zu erzwingen.

Schließlich möchten die unterzeichneten Organisationen ihrer Überzeugung Ausdruck geben, daß dem Beirat des Kriegsernährungsamtes ein größerer Einfluß auf die Maßnahmen dieses Amtes eingeräumt werden muß. Dieser Beirat ist bisher nur zweimal berufen worden und wurde stets vor Situationen gestellt, an denen alles Beratern nichts mehr ändern konnte. In solcher Stellung muß den Beratern das Gefühl der Ueberflüssigkeit aufkommen und ihnen die Mitarbeit verleidet. Wir glauben, daß in einer strikteren Berufung des Beirats und in einer größeren Beteiligung an den vorbereitenden Arbeiten, wie an der Kontrolle, der Weg gefunden werden kann, um dem Kriegsernährungsamt einen besseren Zusammenhang auch mit der Bevölkerung zu sichern.

Die deutschen Gewerkschaften und Angestelltenverbände möchten auf das nachdrücklichste davor warnen, in der Frage der Kriegsernährung die Dinge so weitergehen zu lassen. Die Folgen könnten unabsehbar werden. Die vertrauensvolle Mitarbeit, die sie bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes übernommen haben, gibt ihnen ein besonderes Anrecht, darüber zu wachen, daß dieser Zweck nicht durch eine fortwährende lästige Aufsicht und Ausübung der hinsichtlich der Kriegsernährung gegebenen Pflichten gänzlich in Frage gestellt wird.

(Unterschriften.)

Die Wünsche der Arbeiter sind in diesen Eingaben mit aller wünschenswerten Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Wir erwarten, daß man auf diese Stimme hört und ihr die gebührende Beachtung schenkt. Mit dem üblichen Kanakleitert wird man über die angeregten Fragen nicht hinwegkommen. Die Zeiten sind ernst, die Arbeiter wollen endlich Daten sehen.

Soziales.

Aus dem Reichstag.

Der Reichstag hat am 22. Februar seine Frühjahrsarbeit aufgenommen. Seine wichtigsten Aufgaben in dieser Tagung werden die Durchberatung des Etats und die Bewilligung neuer Steuern sein, die voraussichtlich noch weitere Härten verursachen werden. Die erste Lesung des Etats gab hierzu nur ein sanftes Vorspiel. Vorher wurden nicht unerhebliche Zustände aufgedeckt bei der Beratung des Gesetzes über die Einberufung von Hilfssoldaten zum Reichsmilitärgericht. Diese Forderung selbst läßt kaum Anlaß zu aufregenden Debatten geben. Es wurde anerkannt, daß eine harte Belastung des Reichsmilitärgerichts dadurch eingetreten ist, daß das im Dezember vorigen Jahres reichliche Schußgesetz den Personen, die auf Grund des Belagerungszustandes ihrer Freiheit beraubt wurden, das Recht der Wahl erkaufte. Bei der Beratung im Reichstag wurde aber zur Sprache gebracht, daß die Militärbehörden, besonders in Elsaß-Lothringen, die Anwendung des Schußgesetzes, das den Zweck des Belagerungszustandes gewisse Rechtsgarantien ihnen ausdrücklich ebnet haben. Das ist eine Auflehnung gegen die Gesetze und gegen die Pflicht der militärischen Unterordnung gegen die Befehle der Vorgesetzten, die von Abgeordneten verschiedener Parteien auf das schärfste kritisiert wurde. Insbesondere der Zentrumschepherdete Oberer trat energisch für den Schutz des ver-

lebten Rechtes ein, und der Vertreter des Kriegsministers hatte mit seinen vergleichlichen Versuchen, die Erregung zu beschwichtigen, einen harten Stand.

Nach diesem Vorspiel hielt der Reichschatzsekretär Graf v. Helldorf seine Rede, in welcher er 1 1/2 Milliarden neue Steuern ankündigte. Die neuen Kriegskredite in Höhe von 15 Milliarden Mark, die er gleichzeitig begründete, wurden sofort, wie wir bereits mitgeteilt haben, in allen drei Lesungen gegen die Stimmen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft bewilligt.

Die eigentliche Etatsdebatte, die herkömmlicherweise die Gelegenheit ist, bei welcher die Parteiführer ihre Ansichten über alle wichtigen Fragen aussprechen, wurde am 27. Februar durch eine Rede des Reichskanzlers eingeleitet, die aber keine Überraschungen bot. Bethmann Hollweg wünscht, „dem Kriege ein Ende zu machen durch einen dauernden Frieden, der uns Entschädigung gewährt für alle erlittene Unbill, und der einem starken Deutschland ein gesichertes Dasein und eine gesicherte Zukunft bietet“. Diese Umschreibung des Kriegszieles ist reichlich unklar, man kann diese Worte sehr verschieden auslegen. Der Reichskanzler hat es bisher stets vermieden, seine Kriegsziele klar zu umschreiben, und er hält offenbar den Augenblick noch nicht gekommen, aus seiner Reserve herauszutreten. Er bespricht den Konflikt mit Amerika, den er bedauert, aber für uns gibt es kein Zurück mehr. Den Erfolgen des Tauchbootkrieges sieht er mit Vertrauen entgegen. Ebenso wie über die Kriegsziele vermied der Reichskanzler eine deutliche Erklärung über die Neuorientierung im Innern. Das Wort selbst gefüllt ihm nicht; das wollte nichts sagen, wenn er nur aussprechen wollte, wie er sich die Sache denkt. Damit, daß der Reichskanzler zustimmend das Wort des sozialdemokratischen Dichters Bröger zitiert, „daß dein ärmster Sohn auch dein getreuester war“, kommt man ebensowenig weiter wie mit den sonstigen Lobsprüchen für das Volk. Worte wie die: „Es handelt sich nicht darum, das Volk zu belohnen für das, was es getan hat, sondern den richtigen politischen und staatlichen Ausdruck für das zu finden, was das Volk ist“, klingen sehr orakelhaft und verpflichten zu nichts. Bethmann Hollweg erinnerte selbst daran, daß vor hundert Jahren das Volk, das sich in den Befreiungskriegen aufgeopfert hatte, in seinen Hoffnungen getäuscht wurde. Je länger aber die Regierung mit den notwendigen und zur Durchführung reifen Reformen zögert, um so mehr muß sich im Volk der Gedanke festigen, daß ihm ein ähnliches Schicksal zugedacht ist wie seinen Vorfahren vor hundert Jahren. In ihrem eigenen Interesse müßte die Regierung zu vermeiden trachten, daß sich solche Ansichten festsetzen. Aber außer schönen Versprechungen hat man noch wenig gemerkt.

Die Kräfte, die sich der Neuorientierung, um dieses nicht schöne, aber verständliche Wort zu gebrauchen, am stärksten entgegenstemmen, wurden am vierten Tage der Etatsdebatte schonungslos an den Pranger gestellt. Der Abgeordnete Haußmann enthüllte das Treiben der Staatsstüben, die am 25. Februar in dem vornehmen Hotel Adlon in Berlin zusammengekommen waren, um sich über die geeigneten Mittel zum Sturz des Reichskanzlers zu verständigen. In sich ist natürlich die Unzufriedenheit mit dem Kanzler und der Kampf gegen ihn nichts Unehrenerhaftes. Aber die alldeutschen Herrschaften, unter denen die führenden Männer der Schwerindustrie stark vertreten waren, wollen ihr Ziel nicht im offenen Kampf, sondern auf Hintertreppen erreichen. Das von den annexionswütigen Alldeutschen verfolgte nächste Ziel war der verschärfte Tauchbootkrieg. Nun haben sie es erreicht, aber sie sind nicht zufrieden, denn Bethmann Hollweg ist noch immer Kanzler. Sie wollen an der Spitze der Reichsleitung einen Mann nach ihrem Herzen. Sein Kriegsziel müssen weitgehende Annexionen sein, für die innere Politik aber muß er Sicherheit für die schärfste Reaktion bieten. In der Ablonversammlung wurde unter anderem verlangt, daß nicht das preussische Landtagswahlrecht durch das Reichstagswahlrecht ersetzt, sondern daß umgekehrt an Stelle des Reichstagswahlrechtes das Dreiklassenwahlrecht gesetzt werde. Es ist kein Zufall, daß unter den alldeutschen Verschwörern die Schatzmacher ein starkes Kontingent stellen. Sie wollen mit allen Mitteln verhindern, daß die soziale Lage der Arbeiter verbessert und ihnen eine größere Bewegungsfreiheit zugestanden wird. Wenn Unerträglichkeit tönen würde, dann wären die vornehmen Verschwörer erledigt. Aber sie haben ein dickes Fell; sie werden fleißig weiterwählen und höchstens größere Vorsicht üben, damit ihre Pläne nicht vorzeitig enthüllt werden.

Der Schluß der Etatsdebatte brachte noch eine kleine Aussprache über den Wert der gelben Vereine. Der nationalliberale Abgeordnete Stresemann hatte als Vertreter einer Unternehmerorganisation das Bedürfnis gefühlt, ein gutes Wort für die Gelben einzulegen und den Gewerkschaften vorzuwerfen, daß sie diesen Schützlingen der Unternehmer gegenüber unduldsam seien. Das nahm dem Reichstag ein Anlaß, um die wahre Bedeutung der von den Unternehmern ausgeschalteten gelben Vereine zu schildern. Für diese traten dann noch außer dem Abgeordneten Stresemann auch die Konservativen Graf Westarp, Wendt und Schiele ein. Erfreulicherweise hielten aber auch die Vertreter der anderen Gewerkschaftsrichtungen nicht mit ihrer Ansicht über die Gelben zurück. Außer dem zweiten Vorsitzenden der Generalkommission, Bauer, nahmen auch noch der amtlich-soziale Abgeordnete Behrens und Schiffer vom Zentrum das Wort, um ihrerseits zu erklären, daß die Gewerkschaften aller Richtungen mit den Gelben nichts zu tun haben wollen.

Der Reichstag verlagte sich dann bis zum 20. März, nachdem er den Etat und die Steuerentwürfe an den Hauptauschuß verwiesen hatte.

Schwerarbeiter und Schwerarbeiter.

Diese Begriffe spielen bei der Verteilung der Lebensmittelrationen eine wichtige Rolle. Nach den Bestimmungen des Kriegsernährungsamtes erhalten die Schwerarbeiter zu den gewöhnlichen Rationen an Brot, Kartoffeln usw. Zulagen, die bei den Schwerarbeitern noch höher bemessen werden. Für die Berufe, die unter diese Begriffe fallen, sind Richtlinien aufgestellt, die vielfach Unmut bei den Nichtberücksichtigten erregt haben. Auch die Holzarbei-

ter sind im allgemeinen von den Zulagen ausgeschlossen, was mit Recht starke Unzufriedenheit ausgelöst hat. Es läßt vermuten, daß die maßgebenden Stellen keine rechte Vorstellung von dem Maße körperlicher Anstrengung haben, das die einzelnen Berufe erfordern.

Auf eine Eingabe des Vorstandes des Lederarbeiterverbandes in dieser Angelegenheit hat der Präsident des Kriegsernährungsamtes geantwortet, daß eine Festlegung des Begriffes Schwerarbeiter durch die Zentralstelle nicht möglich sei, weil hierbei berücksichtigt werden müsse: 1. die Arbeitszeit und die Art der Beschäftigung des einzelnen Arbeiters; 2. der Gesundheitszustand; 3. die finanzielle Lage des einzelnen. Die Notwendigkeit der Zulage für Schwerarbeiter könne daher nur durch die örtlichen Stellen von Fall zu Fall beurteilt werden. Den betreffenden Betriebsunternehmern wird anheimgestellt, sich zwecks Anerkennung ihrer Arbeiter als Schwerarbeiter an den zuständigen Kommunalverband zu wenden.

Diesen Bescheid sollten auch unsere Kollegen beachten. Es empfiehlt sich, in den in Betracht kommenden Fällen vom Unternehmer zu verlangen, daß er bei der Gemeindeverwaltung für die Gewährung der Schwerarbeiterzulage an die bei ihm beschäftigten Arbeiter eintritt.

Räuberpistolen.

Es gehört zu den beliebten Mitteln im Kriege, die Lage im feindlichen Lande möglichst kraß zu schildern, um damit den Mut der eigenen Landesangehörigen zu heben. Solchen Nachrichten gegenüber, mögen sie sich auf Hungersnöte, ausgebrochene Revolutionen und dergleichen beziehen, muß man immer sehr vorsichtig sein. In der „Schweizerischen Holzarbeiter-Zeitung“ lesen wir, daß in dortigen Zeitungen eine Räubergeschichte aus Berlin erzählt wird, die, um sie glaubhafter erscheinen zu lassen, als von einem aus Deutschland gekommenen Kriegsinvaliden stammend dargestellt wird. Hiernach wären einige tausend proletarierfahrene, die vom dem kaiserlichen Palais in Berlin die Zurückgabe ihrer Männer und Brot verlangten, mit Maschinengewehren zusammengeschossen worden.

Die „Schweizerische Holzarbeiter-Zeitung“ hat gut daran getan, zu dieser Notiz, die, wie sie sagt, den preussischen Militarismus in seiner ganzen bestialischen Größe zeigt, nichts weiter zu bemerken und erst eine Bestätigung abzuwarten. Die ganze Geschichte ist nämlich nichts als eine der eingangs gekennzeichneten Räuberpistolen. Richtig ist, und das ist kein Geheimnis, daß die Lebensmittel in Berlin knapp sind, und daß die minderbemittelte Bevölkerung sich stark einschränken muß. Von Vorgängen, die auch nur entfernt so gedeutet werden könnten wie die Erzählung des in einer schweizerischen Redaktion erfundenen deutschen Militärinvaliden, ist in Berlin selbst, wo man das doch eigentlich wissen mußte, nicht das geringste bekannt.

Zusammenschluß der freien Krankenkassen.

Der Vorstand des Verbandes freier Krankenkassen (Sig Hamburg 19, Bismarckstr. 36, Vorsitzender G. Blume) versendet zurzeit an alle Ersah- sowie Zuschußklassen ein Zirkular, welches unter Darlegung der Gründe den Anschluß an den Verband bezwecken soll.

Soweit die Adressen von genannten Kassen bekannt waren, sind die Zirkulare an diese versandt. Wir werden ersucht, darauf hinzuwirken, daß dem genannten Vorstand aus denjenigen Orten, in welchen sich Ersah- oder Zuschußklassen befinden, schnelligst deren Adressen mitgeteilt werden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Einschließlich des Lokalbeitrages beträgt der wöchentliche Verbandsbeitrag in der Zahlstelle Eisleben ab 1. April 1917 für männliche Mitglieder 90 Pf. und für weibliche Mitglieder 30 Pf.; in der Zahlstelle Neustadt a. d. Haardt ab 1. April 1917 für männliche Mitglieder 80 Pf.

In Neustadt bei Coburg wurde eine neue Zahlstelle gegründet.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 11. Wochenbeitrag für das Jahr 1917 fällig geworden.

Da die ganze Auflage des Almanachs für 1917 vergriffen ist, so können Bestellungen, auch solche von Kollegen aus dem Felde, leider nicht mehr erledigt werden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 82560 Rich. Schmidt, Tschl., 2. 12. 55 zu Joh.-Georgenstadt.
- 433751 Käthe Heiden, Pölschl., geb. 29. 11. 90 zu Nürnberg.
- 530530 Heinr. Riedes, Pol., geb. 1. 12. 73 zu Krefeld.
- 624462 Ost. Bergner, Holzarb., 21. 10. 80 zu Meuselwitz.
- 742941 Franz Kalinoda, M.-A., geb. 24. 4. 65 zu Döschitz.
- 742977 Johanna Engel, Korbarb., 25. 2. 96 zu Hamburg.
- 748629 Joh. Guhl, Tschl., geb. 28. 11. 87 zu Reuthin.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Die Frauarbeit in der Korbindustrie.

Ueber dieses Thema sprach der Unterzeichnete im Leipziger Gau in zwei Versammlungen in Döben und in Zeiß.

In der Geschloßkorbbranche hat neuerdings wieder die Frauarbeit eine bedeutendere Ausdehnung erfahren. Während 1915 noch zwei Drittel Männer und ein Drittel Frauen in den Fabrikbetrieben tätig waren, waren Ende 1916 zwei Drittel Frauen und ein Drittel Männer auf Munitionsfabrik tätig. Der Reichstagsrat für die Geschloßkorbbranche besagt, daß bei gleich guter, abnahmefähiger Arbeit die Löhne an Frauen und Männer jedes Alters in gleicher Höhe zu zahlen sind. Diese Bestimmung wird

leider noch heute in den verschiedensten Orten nicht beachtet. Den Unternehmern wird die Umgehung dieser Bestimmung noch erleichtert dadurch, daß sehr viele Arbeiterinnen den Wert der gewerkschaftlichen Organisation immer noch nicht begriffen haben. Kein Unternehmer würde es wagen, die klaren Bestimmungen des Reichstarifs zu umgehen, wenn mehrere Kollegen und Kolleginnen allerorten für strikte Einhaltung derselben mit Energie eintreten würden. Diesen Gedankengang entwickelte ich in beiden Versammlungen, und ich fand bei den Zuhörern reichen Beifall.

In Mühen war die Versammlung von 45 Personen, darunter 17 Frauen, besucht. In vier Betrieben werden Geschloßkörbe angefertigt und wird der Lohn nach Reichstarif gezahlt, nur für zwei Sorten Körbe besteht noch eine Lohn-differenz, die aber bei der nächsten Lohnzahlung ausgeglichen werden soll. Die Versammlung beschäftigte sich dann noch mit der jetzt in vielen Orten durchgeführten Teuerungszulage, die auch hier dringend nötig ist. Es wurde schließlich ein Antrag gutgeheißen, der die Forderung der neuesten Erhöhungen der Löhne auf Geschloßkörbe enthielt sowie eine Zulage von 10 Pf. pro Korb. Diese Forderung soll sofort den Arbeitgebern schriftlich zugestellt werden. In der Versammlung ließen sich 15 Frauen und 2 Männer in den Verband aufnehmen.

In Zeitz sind über 400 Personen auf Geschloßkörbe beschäftigt, davon bei der Firma Näther allein über 200 Frauen, die in Teilarbeit auf Minenkörbe tätig sind. Diese Betriebsfirma hat es stets verstanden, die festgesetzten Löhne bedeutend zu reduzieren, so auch bei der jetzigen Lieferung von über 60 000 Minenkörben. In der 1. Klasse, wozu Zeitz gehört, müßten hierfür 2,60 Mk. Arbeitslohn gezahlt werden; die Firma Näther speist aber ihre Arbeiterinnen mit dem fiktionalen Lohn von 1,15 Mk. ab, wodurch der Firma ein Ertragsgewinn von 87 000 Mk. zufließt, der gerechterweise den dort beschäftigten Personen gehört. Alle Vorstellungen, die diesbezüglich seitens des Holzarbeiter-Verbandes gemacht wurden, sind von der Firma abgewiesen worden mit der Begründung, daß, wenn die in der Korbmacherei beschäftigten Personen höhere Verdienste hätten, auch alle anderen Beschäftigten mit Lohnforderungen kommen würden. Diese Begründung ist sehr billig und bringt der Firma ein enormes Geld ein. Leider ist die Organisation unter den dort Beschäftigten noch recht mangelhaft, und nur dadurch ist es der Firma möglich, einen solchen Schundlohn zu zahlen. Aber auch in Zeitz schreitet die Organisation vorwärts, und es steht zu erwarten, daß in Kürze auch die Firma Näther sich Lohnvereinbarungen, die für ein ganzes Gewerbe festgelegt werden, nicht mehr widersetzen kann. In der Versammlung meldeten sich 5 Frauen und 2 Männer als Mitglieder in den Verband.

Der Erfolg dieser zwei Versammlungen kann im ganzen als ein guter bezeichnet werden, und wäre zu wünschen, daß auch in anderen Gauen derartige Veranstaltungen unternommen würden, da ja auch dort die Frauarbeit stets an Ausdehnung zunimmt und die Organisation noch zu wünschen übrigläßt. R. Brüdner (Berlin).

Korrespondenzen.

Berlin. Die Bürstenmacher beschäftigten sich in der Versammlung am 21. Februar mit dem von der Bürstenmachereinnung und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband abgeschlossenen Tarifvertrag. Wenn bisher Tarife vorhanden haben, so waren diese einseitig, ohne Zustimmung der Beteiligten aufgestellt; es bestand ein von Verbandsseite sowohl wie ein von Innungsseite aufgestellter Tarif. Bei den Verhandlungen über Abschluß eines Vertrages lag der letzte vom Verband aufgestellte Tarif zugrunde, welcher in allen Positionen um 50 Prozent erhöht wurde und am 1. März in Kraft getreten ist. Er ist auf ein Jahr abzuschließen und gilt, wenn er einen Monat vor Ablauf von seiner Seite gekündigt würde, ein Jahr weiter. In Werkstätten, wo hauptsächlich Spezialartikel angefertigt werden, ist es selbstverständlich, daß auf die dort gezahlten Löhne ebenfalls ein Zuschlag von 50 Prozent gezahlt wird. Wenn es nun gelungen ist, endlich nach langjährigen Bemühungen in ein festes Tarifverhältnis zu treten, so ist die Kollegenschaft verpflichtet, nun strikte auf die Abmachungen zu bestehen, und auch bei den sogenannten wilden Unternehmern den Tarifvertrag zur Anerkennung zu bringen. Auch sollten alle Kollegen nun endlich einsehen, daß ihre Interessen nur wirksam vertreten werden können, wenn sie sich dem Deutschen Holzarbeiter-Verband anschließen, denn ohne denselben wäre es wohl noch nicht zum Abschluß eines Vertrages gekommen.

Köschendroda (Korbmacher). Die Verhältnisse in dem Bezirk Köschendroda, Nadebeul und Umgegend sind keineswegs glänzend. Die Löhne, die anderwärts aufstandslos bewilligt wurden, mußten hier erst mühselig erlangt werden. Mühte doch erst kürzlich der Inhaber der Firma Kühn in Köschendroda vor den Schiedshof geladen werden, wo ihm klargemacht wurde, daß auch er den festgesetzten Preis von 3 Mk. für den 21-cm-Langgranatenkorb zahlen kann und muß. Sehr unermüßlich handeln die Kollegen, welche die ohnehin schon lange Arbeitszeit um 10 bis 15 Stunden verlängern und dabei nach auf den Ueberhandzuschlag verzichten. Diese Ueberhandwirtschaft trifft man auch in anderen Betrieben. Zum Besuch der Versammlungen haben solche Kollegen keine Zeit. Sie gehen in der freien Zeit lieber ihrem Vergnügen nach und lassen die Sektionsleitung im Stich. Würden sie mitarbeiten, dann ließe sich manches bessern. Auswärtige Kollegen halten es hier meist nicht lange aus. Zureisende Waren sind unangenehme Erfahrungen sparen, wenn sie vor Arbeitsaufnahme bei der Verwaltung oder der Sektionsleitung Erlaubnisse einziehen würden. Bemerkenswert sei, daß bei Teilarbeit 75 Prozent auf den Tarif angesetzt werden. Schlechtes Material besorgt aber den Ausgleich, so daß trotzdem nicht zuviel verdient wird. Es wäre leicht möglich, manchen Vorteil zu erzielen. Wir könnten die Arbeitszeit verkürzen, und auch eine Erhöhung des Lohnes um 25 Prozent wäre durchführbar, wenn die Kollegen zusammenhielten. Statt ihrem Vortage nachzugehen, sollten sie an die Kollegen im Schwermarben denken. Ihnen hat wir es schuldig, solche Verhältnisse zu schaffen, daß sie mit uns zufrieden sind, wenn sie aus dem Zeitz zurück-

kehren. Kollegen, wir müssen alle mehr als seither für die Organisation wirken.

Offenbach. In der am 24. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung hielt Kollege Richard Müller einen Vortrag über Lebensmittelteuerung und -verteilung und unsere Stellung zur Forderung von weiteren Teuerungszulagen. Nach einer Schilderung der völlig unbefriedigenden Ernährungsverhältnisse betonte er die Notwendigkeit, unser Einkommen zu erhöhen. Wenn man in Betracht zieht, daß die Entlohnung der Arbeiter in den hiesigen Munitionsbetrieben zwischen 80 und 100 Mk. pro Woche schwankt, so müssen wir Holzarbeiter trotz der im vorigen Jahre erzielten ganz wesentlichen Verbesserung unserer Löhne eingestehen, daß dieselben trotzdem nicht mehr den gewaltigen Teuerungszulagen entsprechen, und daß demgemäß weitere Forderungen von Teuerungszulagen am Platze sind. Nach einer anregenden Aussprache wurde beschlossen, an den Verbandsvorstand das Ersuchen zu richten, alsbald mit den zuständigen Instanzen in Verbindung zu treten und die weitere Bewilligung von Teuerungszulagen in die Wege zu leiten. Der Versammlung konnte noch mitgeteilt werden, daß es den Kollegen bei der Firma Forster u. Söhne gelungen sei, wieder 4 Pf. Lohnhöhung herauszuholen. Den Kollegen in den anderen Betrieben sei das zur Nachahmung empfohlen.

Lohnbewegungen und Teuerungszulagen.

Aus dem Hamburger Gau.

Unsere Bemühungen auf Erlangung von Lohn erhöhungen und Teuerungszulagen im Hamburger Gau haben im Jahre 1916 den Erfolg gezeitigt, daß bei 112 Einzelbewegungen für 7150 Kollegen ein Mehrverdienst von durchschnittlich 6,75 Mk. pro Mann und Woche und für 537 Kolleginnen durchschnittlich 3,40 Mk. pro Woche erreicht wurde. Für die Arbeiter ist insgesamt eine Zulage von 48 248,11 Mk. pro Woche und für die Arbeiterinnen eine solche von 1823,12 Mk. die Woche herausgeholt worden. Der Gesamt mehrverdienst, der durch die Bewegungen im Gau erreicht ist, stellt sich auf 2 503 561,50 Mk. pro Jahr.

Auch in diesem Jahre sind weitere, zum Teil ganz erfreuliche Erfolge zu verzeichnen. In Apenrade bewilligte die Orgelbauanstalt von Marffüssen u. Sohn eine weitere Zulage von 5 Pf. pro Stunde. Der Lohn ist aber im Vergleich zu den Nachbarorten noch sehr niedrig, er beträgt erst 61 Pf. — Die Tischler in Gesehacht hatten ihren Stundenlohn im vorigen Jahre von 60 auf 80 Pf. erhöht. Infolge der außerordentlichen Verhältnisse, mit denen hier zu rechnen ist, ist aber ein solcher Lohn keineswegs ausreichend. Die Kollegen verlangten deshalb eine weitere Lohnhöhung von 20 Pf. pro Stunde. Nach Ueberwindung vieler Widerstände ist es gelungen, eine Zulage von 10 Pf. zu erreichen. Diese ist von den Kollegen als Arbeitslohn vorläufig angenommen worden, sie haben den Arbeitgebern aber mitteilen lassen, daß sie auf ihre Forderung von 1 Mk. pro Stunde bestehen und die restlichen 10 Pf. ab 1. April d. J. verlangen. — Die Holzarbeiter des Summer Eisenwerkes erreichten auf schriftliche Eingabe des Gauvorsitzers eine Lohnhöhung von 5 Pf.

pro Stunde und eine Erhöhung der Akkordpreise für Munitionswagen um 2 Mk. — Durch gemeinsames Vorgehen mit den Schiffszimmern haben unsere in Hamburg auf den Bootswerften von Derz, Heidmann und v. Hacht beschäftigten Kollegen eine Erhöhung der Teuerungszulage um 50 Pf. pro Tag erlangt, dieselbe beträgt jetzt 1,50 Mk. täglich. — Die Korbmacher in Hamburg und Gesehacht verlangten eine Erhöhung der Geschloßkörbpreise auf Grund der Berliner Vereinbarungen und eine Teuerungszulage von 10 Pf. pro Korb. Zugestanden sind einige nicht unwesentliche Akkordpreiserhöhungen, jedoch sind die Berliner Sätze nicht auf alle Sorten erreicht. Wegen der Teuerungszulage ist eine gemeinsame Eingabe an die Artilleriewerkstätten in Spandau gerichtet. — Ferner wurde der Tarifvertrag der Hamburger Korbmacher auf ein weiteres Jahr, bis zum 1. April 1918, verlängert und der Zuschlag auf die Friedenspreise, der bisher 35 Prozent betrug, auf 55 Prozent erhöht. — In Kiel konnten die Kollegen der Tischlerei von Kobarg eine Zulage von 15 Pf. pro Stunde durchsetzen. Sie haben ihren Stundenlohn damit auf 1,11 Mk. gebracht. — Bei der Firma Albers u. v. Orathen in Meldorf haben unsere Kollegen, gestützt auf die vor dem Reichsamt des Innern getroffene Vereinbarung, eine Lohnhöhung von 4 Pf. und eine Teuerungszulage von 15 Pf. die Stunde erreicht. Der Stundenlohn steigt damit auf 70 Pf. — Die Tischler in Preetz hatten im vorigen Jahre eine Zulage von 10 Pf. pro Stunde bekommen. Jetzt verlangten sie die Durchführung der Berliner Vereinbarung. Erreicht wurde durch Verhandlung mit der Innung eine weitere Zulage von 15 Pf. pro Stunde und ein Mindeststundenlohn von 75 Pf. sowie einige sonstige Verbesserungen. — Die Tischlerinnung in Stade hat auf unsere Eingabe hin eine Zulage von 18 Pf. eintreten lassen. Damit steigt der Mindestlohn auf 68 Pf. pro Stunde.

In Brudmühl gelang es durch Verhandlungen mit der Firma Reichel u. Neuhaus, Holzindustriewerk, eine Vereinbarung abzuschließen, durch welche die Mindestlöhne eine Erhöhung von 1 Mk. bzw. 1,40 Mk. pro Tag erfahren. Für Schreiner wurde eine neue Staffel festgesetzt, und beträgt der Mindestlohn hierfür 5 Mk. pro Tag. Außerdem erhalten die männlichen Arbeiter eine Teuerungszulage von 8 Mk., die weiblichen eine solche von 4 Mk. pro Woche. Die Zulage für Sonn- und Feiertagsarbeiten wurde von 10 Pf. auf 25 Pf. für die Stunde festgesetzt. Die gesamte Lohnhöhe beträgt für männliche Arbeiter pro Kopf und Woche 14 Mk., für weibliche 7,60 Mk. Außerdem wurde die Beschäftigung und Entlohnung der Kriegsbekämpften, gegen die sich die Firma seinerzeit gewiegert hatte, vertraglich geregelt. Dieser schöne Erfolg ist wiederum ein Beweis, daß nur durch eine geschlossene Organisation Verbesserungen geschaffen werden können.

Rosenheim. Durch Inanspruchnahme des Münchener Schiedshofes gelang es den bei der Firma Luz (Inh. D. Schrag) beschäftigten Kollegen, die Berliner Vereinbarung zur Anerkennung zu bringen. Leider waren nur in diesem Betriebe die Kollegen organisiert, so daß die Vereinbarung in den anderen Betrieben nicht durchgeführt werden konnte.

Arbeitslosigkeit im Monat Februar 1917.

Gau	Zahlstellen haben berichtigt	Mittelberuf am Schluss des Monats	Arbeitslose Mitglieder am Orte				Zunahme am letzten Tage des Monats	Unterstützung haben erhalten								Zahlstellen haben nicht berichtigt
			am letzten Tage des Monats		am letzten Tage d. Monats			Arbeitslose am Orte				Arbeitslose auf der Reise				
			vom vorigen Monat	Zugang in diesem Monat	Gesamtzahl	am letzten Tage d. Monats		Mitgl.	Tage	Mk.	Pf.	Mitgl.	Tage	Mk.	Pf.	
Danzig	36	1744	6	6	12	2	1	6	72	76	65	10	17	17	—	—
Stettin	34	1316	3	12	15	3	—	6	104	156	—	2	5	5	—	—
Breslau	45	3011	18	45	63	17	—	10	130	167	40	2	3	3	—	—
Berlin	82	14131	219	901	1120	190	—	124	1032	1556	01	19	44	44	—	4
Dresden	51	7357	28	59	87	18	—	22	197	263	78	2	6	6	—	3
Leipzig	53	8098	141	172	313	143	—	49	504	642	64	9	22	22	—	3
Erfurt	69	2775	15	239	254	18	—	25	291	432	99	3	8	8	—	3
Magdeburg	34	2817	17	25	42	9	—	16	127	169	50	2	3	3	—	—
Hamburg	60	7733	71	321	392	85	—	53	454	538	43	19	48	48	—	1
Hannover	38	3273	13	85	98	11	1	16	141	245	50	14	35	35	—	2
Düsseldorf	45	2647	3	29	32	6	2	3	28	47	70	4	11	11	—	2
Frankfurt	55	3456	9	38	47	27	—	12	185	275	65	6	15	15	—	1
Münster	49	5227	143	156	299	112	—	138	1030	1035	66	2	6	6	—	3
München	28	2945	13	66	79	23	—	26	250	397	78	5	11	11	—	3
Stuttgart	65	3769	8	9	17	7	—	4	58	93	30	3	8	8	—	4
Hauptkasse	—	72	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Februar 1917	744	70371	707	2163	2870	671	4	510	4603	6098	99	102	242	242	—	27
Januar	755	68077	680	2092	2772	712	4	338	2970	3974	32	95	227	230	70	19
Dezember 1916	776	68770	596	1672	2268	680	13	290	2922	3745	83	133	287	274	50	7
November	778	68163	650	1904	2554	596	3	274	2751	3655	37	118	263	257	70	5
Oktober	768	68148	688	2277	2965	650	8	282	2388	2786	94	186	442	422	20	15
September	764	68315	741	2132	2873	698	11	321	3377	4099	73	264	599	569	65	26
August	759	68874	878	2554	3432	744	9	332	2821	3972	33	290	651	621	64	32
Juli	774	69511	1033	2439	3472	877	18	482	4145	6003	59	332	706	681	—	22
Juni	777	69330	1203	2275	3478	1037	12	681	6368	9436	76	402	838	815	—	19
Mai	783	69356	1124	3291	4425	1214	22	717	6652	9412	53	432	931	893	22	16
April	784	68538	1178	2473	3651	1137	14	682	6376	9206	16	301	688	636	29	22
März	797	68591	1502	2884	4386	1182	16	942	8754	11964	12	446	938	892	52	14
Februar	806	69025	1647	3136	4783	1511	19	1111	10757	14921	79	444	925	886	—	8

Aus nachstehend angeführten Zahlstellen wurde ein Bericht nicht eingefandt: Angermünde, Fürstenwalde, Herzberg, Klosterfelde — Denth-Neudorf, Großhartmannsdorf, Uebernbau — Scheuditz — Duderstadt, Neuenbau, Lumbach — Meldorf — Minden, Stadthagen — Gelsenkirchen, Samborn — Marburg — Lauf, Wittwig, Regensburg — Mühlendorf, Schwaben, Wolfratshausen — Spaichingen, Troßingen, Urach, Willingen.

Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei: Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats

	auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose am letzten Tage												
	1912	1913	1914	1915	1917								
Januar	7646	8454	14447	14882	1660	712	Januar	4,20	4,37	7,70	13,88	2,40	1,65
Februar	6323	8390	11211	10274	1511	671	Februar	3,42	4,34	5,93	9,74	2,19	0,85
März	4890	8513	9009	6521	1182	—	März	2,61	4,42	4,77	6,40	1,72	—
April	5591	8951	7410	5257	1137	—	April	2,99	4,63	3,93	5,57	1,56	—
Mai	5387	9263	7211	4435	1214	—	Mai	2,86	4,50	3,83	4,82	1,53	—
Juni	4949	9382	7282	3564	1037	—	Juni	2,61	4,35	3,84	4,02	1,49	—
Juli	3892	8986	6766	3146	877	—	Juli	2,04	4,08	3,79	3,70	1,26	—
August	3151	6917	43850	2833	744	—	August	1,65	3,58	32,83	3,48	1,28	—
September	4296	7540	36288	2103	688	—	September	2,22	3,92	27,25	2,71	1,21	—
Oktober	7510	9593	29244	1728	680	—	Oktober	2,95	5,04	23,01	2,72	0,83	—
November	6768	10725	22482	1650	596	—	November	3,50	5,81	18,91	2,59	0,88	—
Dezember	13125	20779	20516	1882	680	—	Dezember	6,76	11,00	17,95	2,80	0,29	—

Schimpfen wie die Kohrspagen, daß alles so teuer ist, daß die Meister schlechte Löhne zahlen, das ist die Kunst der Indifferenten. Die Meister lachen sich ins Fäustchen. Haben sie doch Kriegslieferungen, wo noch ein anständiger Wagen Geld mit verdient wird, wenn auch ihre Arbeiter hungern. Darum, aufgewacht, ihr Rosenheimer Schreiner, eingetreten in den Verband und Schulter an Schulter gekämpft. Nur so könnt ihr eure Lage verbessern.

Aus der Holzindustrie.

Silvester Pacyna gestorben.

Aus Kattowitz kommt die Nachricht, daß dort am 1. März unser Kollege Silvester Pacyna einem Schlaganfall erlegen ist. Der Verstorbene war einer von den Verbandsmitgliedern, die sich um die Ausbreitung der Organisation in schwer erschließbaren Gebieten große Verdienste erworben haben. Pacyna war im Jahre 1877 in Posen geboren und hatte dort als Drechsler gelernt. Lange Zeit arbeitete er in Breslau und hat dort in der Ortsverwaltung, auch lange Jahre im Gauvorstand eine fleißige Tätigkeit entwickelt. Als Pole, der die deutsche und die polnische Sprache gleich gut beherrschte, war seine agitatorische Tätigkeit unter den polnischen Kollegen besonders wertvoll. Zu Beginn des Jahres 1914 wurde er von der Generalkommission als Arbeitersekretär nach Kattowitz berufen. Viel zu früh hat ihn der Tod aus seinem Wirkungskreis gerissen. Sein Wirken sichert ihm ein ehrendes Andenken.

Der Verband der Stoffsabrikanten will keine zentralen Verhandlungen.

Seit etwa einem Jahre bemüht sich unser Verbandsvorstand, sich mit dem Vorstand des Verbandes deutscher Stoffsabrikanten über die Gewährung von Teuerungszulagen zu verständigen. Der Verband der Stoffsabrikanten, der seinen Sitz in Kassel hat, ist diesen Bemühungen, zentrale Verhandlungen zustande zu bringen, bisher stets ausgewichen. Als es in Bürgel i. Th. gegen Ende vorigen Jahres zur Arbeitseinstellung kam, erschien zwar auch ein Vertreter des Fabrikantenverbandes zu den Verhandlungen, diese bezogen sich aber nur auf den einen Ort. Inzwischen ist auch in Meiningen eine Bewegung bei der Firma Hentschel u. Wittich abgeschlossen worden, bei welcher den Arbeitern 14 Pf., den Arbeiterinnen 8 Pf. Teuerungszulage pro Stunde bewilligt wurden. Hier war der Vorstand des Fabrikantenvereins insoweit beteiligt, als er die Firma schriftlich auf bevorstehende Verhandlungen der Zentralvorstände hinwies. Was er mit diesem Hinweis bezweckte, ist aber nicht ganz klar. In den Vorstand unseres Verbandes richtete nämlich der Vorstand des Verbandes deutscher Stoffsabrikanten am 3. März folgendes Schreiben:

Unter Bezugnahme auf mein Ergebenes vom 18. Januar 1917 habe ich heute die endgültigen Nachrichten von unseren Mitgliedern bezüglich einer Verhandlung mit den Zentralvorständen wegen Teuerungszulage. Die sämtlichen Firmen bekunden mir, daß sie den Abmachungen Bürgel oder Meiningen entsprechend die Zulagen bewilligt haben, so daß eine Verhandlung darüber nicht mehr nötig erscheint.

Sch bitte Sie, sich mit diesem Bescheid in der Angelegenheit zufrieden zu geben.

Hochachtungsvoll gez.: Hans Wild.

Es besteht natürlich kein Bedürfnis, den Fabrikantenverband zu Verhandlungen zu nötigen, denen er ausweichen will. Viel wichtiger erscheint uns die Erlangung der notwendigen Teuerungszulagen für unsere Kollegen. Diesen dürfte es schließlich hier oder dort sogar angenehmer sein, wenn ihre Forderungen nicht durch zentrale Abmachungen von vornherein auf ein bestimmtes Maß beschränkt sind.

Gewerkschaftliches.

Was dem Duisburger Gewerkschaftsartikell einleuchtet.

Im Duisburger Gewerkschaftsartikell wurde kürzlich eine Resolution angenommen, deren lehrer Absatz lautet:

„Der Vorschlag, der von einem Berliner Metallarbeiter gemacht worden ist, und der dahin geht, den Gewerkschaftsangeestellten wegen der verminderten Arbeit zu kündigen, leuchtet dem Kartell als richtig ein; die Delegierten beschließen, in ihren Organisationen dafür wirken zu wollen.“

Diese Resolution war von einem Fräulein Rosi W. eingebracht, die natürlich auch in ihrer Organisation dafür wirken wollte. Den Handlungsgehilfen leuchtete aber der Beschluß der Konfusionsräte im Kartell gar nicht ein, sie lehnten die Resolution ab und ließen ihre Vertreterin im Stich. Welche Stellung die übrigen Duisburger Zahlstellen der Gewerkschaften zu dem Beschluß eingenommen haben, ist uns nicht bekannt. Eine praktische Bedeutung hat der Beschluß natürlich nicht; er ist nur bezeichnend für die Verwirrung, welche in den Köpfen mancher Leute herrscht, die glauben der Arbeiterbewegung zu dienen, wenn sie sich von gewissen Leuten, die systematisch auf die Zersplitterung der Gewerkschaften ausgehen, als Sturmböde brauchen lassen.

Ein parlamentarischer Syndikus der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine.

In den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen wird es schon lange schmerzlich empfunden, daß sie keinen speziellen Vertreter ihrer Interessen in den Parlamenten haben. Die Gewerksvereine stehen politisch den Liberalen nahe, doch hat die Freisinnige Volkspartei, denen sie besonders zuneigen, bisher ihren Anhängern unter der Arbeiterschaft kein parlamentarisches Mandat überlassen. Das hängt einerseits mit der Unsicherheit der volksparteilichen Reichstagsmandate zusammen, andererseits aber auch mit der relativen Schwäche der Gewerksvereinsbewegung. Bei den nächsten Wahlen werden die Gewerksvereine besondere Anstrengungen machen, eine parlamentarische Vertretung zu erlangen. Vorerst wollen sie sich mit einem parlamentarischen Berater beim Verband der Gewerksvereine behelfen. Der volksparteiliche Reichstags- und Landtagsabgeordnete Weinhausen hat die ehrenamtliche Stellung eines parlamentarischen Syndikus der Deutschen Gewerksvereine übernommen. Die Gewerksvereine versprechen sich viel von dieser

Einrichtung. Sie erwarten, daß ihnen ihr parlamentarischer Syndikus wertvolle Hinweise geben und sich auch im Parlament der Interessen der Gewerksvereine annehmen werden. Tatsächlich ist eine parlamentarische Vertretung für alle Gewerkschaftsrichtungen äußerst wichtig. Wenn die Gewerkschaften auch selbst keine Politik treiben, so sind sie doch in so hohem Maße Objekte der Gesetzgebung, daß sie eine möglichst starke Vertretung in den Parlamenten anstreben müssen, um eine Schädigung ihrer Interessen zu verhindern.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2, bezogen werden.

Der Mensch vor 100 000 Jahren. Von Dr. D. Hausser. Mit 96 Abbildungen und 3 Karten. Leipzig, Verlag von F. Brockhaus. Geheftet 3 Mk., gebunden 4 Mk.

Das vorliegende Buch gibt uns Kunde von einer epochenmachenden Entdeckung, die dem Schweizerischen Forscher noch kurz vor Ausbruch des Weltkrieges in Frankreich glücklich ist. Hausser fand bei seinen Ausgrabungen in Südfrankreich die Überreste von zwei verschiedenen Urmenschenrassen, die vor mehr als 100 000 Jahren in jener Gegend gelebt haben. Diese Skelette sind ein unumstößlicher Beweis für die selbst von hervorragenden Gelehrten bis in die neueste Zeit hinein bestrittene Lehre von der allmählichen Entwicklung des Menschengeschlechts aus viel tiefer stehenden Formen. Aber nicht nur die Überreste des vorzeitlichen Menschen wurden aufgedeckt, Hausser fand auch Produkte ihrer Tätigkeit, Werkzeuge und Waffen und Erzeugnisse ihrer Kunstfertigkeit: In harten Stein gemeißelte Tiergestalten. Hausers Funde haben nicht nur die gelehrte Welt auf das angelegentlichste beschäftigt, sie werden auch das Interesse der weitesten Kreise des Publikums. Die Darstellung, die der Forscher von seinen Arbeiten und ihren Erfolgen gibt, wird viele Leser finden.

Die Glocke, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Barbus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68). Einzelhefte 20 Pf., vierteljährlich 2,50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Ein Beitrag zur Kriegskunde. Von H. Sauer, Karlsruhe. Selbstverlag des Herausgebers, Karlsruhe, Winterstraße 20. Preis 25 Pf.

Die Broschüre enthält eine kurze Darstellung der Einrichtungen für die Massenversorgung in einigen westdeutschen Städten sowie die Wiedergabe eines Vortrages, den der Verfasser im Bürgerausschuß zu Karlsruhe gehalten hat.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen

Bekanntmachung des Vorstandes. Der Vorstand der Allgemeinen Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen, Erfassungsstelle, Hamburg, verfügte auf Grund des § 10 der Satzung die Erhebung eines Extrabeitrages für das erste Quartal 1917. Der Vorstand. J. U. Jul. Maßmann.

Gestorbene Mitglieder.

Jak. Reig, gest. in Köln.
Fritz Moser, gest. in Köln.
Franz Sold, gest. in Köln.
Bruno Wähig, Tischler, 59 Jahre, gest. in Landbeig.
Wilh. Fuch, 45 Jahre, gest. in Hagen.
Georg Koch, Tischler, 50 Jahre, gest. in Eberfeld.
Silvester Pacyna, Arbeitersekretär, gest. in Kattowitz.
Guldreich Fischer, Holzarbeiter, 68 Jahre, gest. in Altenburg.
August Hübler, Tischler, 55 Jahre, gest. in Altenburg.
Oskar Weiß, Tischler, 47 Jahre, gest. in Altenburg.
Herm. Fingel, Tischler, 55 Jahre, gest. in Berlin.
Karl Dieckle, Tischler, 62 Jahre, gest. in Berlin.
Johann Rogowski, Tischler, 46 J., gest. in Berlin.
Fritz Billing, Tischler, 43 Jahre, gest. in Berlin.

Ehre ihrem Andenken.

Tüchtiger Gatterischneider

evtl. Kriegsbesch., für sofort gesucht von
C. W. Friede Sohn, Holzindustrie,
Hienburg a. d. Weser.

Holzdrechsler

für Heereslieferung sofort gesucht.
Reich, Goldmann & Co., Offenbach a. M.
Tüchtige Drechsler für dauernde Stellung gesucht. Solche, die auf Oval gearbeitet haben, werden bevorzugt.
Guß. Peß, Betrieb für Holzbearbeitung,
Köln-Chrenfeld, Fröbelplatz 19.

Stuhlbauer

auf gute Stühle, Essel und Garnituren sowie Polsterer auf gute Arbeit für dauernde Beschäftigung gesucht.
Kürth & Bieber, Geringswalde i. Sa.

3 Korbmacher

auf Geschloßkörbe (66er) stellt sofort noch ein
H. Zimmermann,
Wittenberg (Bez. Halle), Poststraße 14.

Korbmacher

auf Munitionskörbe
68 sowie auf Grün-
geschlagen und Mattenbrett stellen ein
Gebr. Dastler, Köpichenbroda 5. Dresden.

Korbmacher

auf runde 66er Geschloßkörbe gesucht
Gebr. Wolff, Bernburg

Gesucht ein tüchtiger
Rundbohrer
bei Lohn oder Akkord, ferner mehrere tüchtige
Becher
bei Akkord.
R. Klindt, Hildesheim, Goethestr. 30.

Wer liefert größere Posten
Hammer-, Besen-, Hacken- und Schaufelstiele?
Angebote an Adolf Lünig, Kassel.

Schirmmacher-Drehbank

zu verkaufen. Zu erfragen abends nach 6 Uhr oder Sonntags.
Wettermann, Berlin,
Straußberger Straße 40, vorn Keller.

Werkzeug-Neuheiten.

Preislisten gratis und franko!
Otto Bergmann, Berlin SO., Oppolnorstr. 31.

Eingelegte Furniere

für Nähtische, Schatullen, Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungschriften.
E. Biller, Marqueter, Heidelberg
Theater-Strasse 7.

Den Verbandsmitgliedern empfehlen wir das von uns herausgegebene
Lohnbuch für Holzarbeiter
Kleine Ausgabe, enthaltend 40 Seiten, 10 Pf.
50 Stück 4,50 Mk.
Große Ausgabe, enthaltend 80 Seiten, 20 Pf.
50 Stück 9,- Mk.
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. :: Berlin SO. 16.

Maschinenschleifer,

der mit Instandhaltung und Ausnutzung sämtlicher Schleifmaschinen erfahren ist. Schnelründe mit Angaben über bisherige Tätigkeit an
C. W. Friede Sohn, Holzindustrie,
Hienburg a. d. Weser.

1 tüchtiger Fräser

und ferner tüchtige
Bandjägenschnneider
für unsere Heereslieferungen, Wagenbau und Motor für Akkord sofort auf dauernd gesucht.
Niederländische Möbelfabrik,
Händler am Deister.
Polsterer und Polstererinnen für dauernde Beschäftigung sucht
Franz Eckert, Maschinenfabrik,
Dresdenerstr. 1, Sachsen.

Tüchtige Korbmacher

für 66er ganz aus Weide und für Drillingsgestelle sucht
Theodor Reimann,
Dresden-N., Königsstr. 3.

Suche Korbmacher auf Geschloßkörbe und Baschkörbe.
Ernst Thieß, Zwenker 5. Leipzig.

Korbmacher

auf 68er Munitionskörbe von Weide sucht
Hermann Kühn, Köpichenbroda.
4-6 tüchtige Korbmacher auf 68er Munitionskörbe ganz aus Weide stellt ein
Otto Goldschmidt, Deberan (Sa.).

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 3. März, bis Freitag, 9. März 1917.
A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.
C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Santischler			Möbelschler			Maschinenarbeiter			Polsterer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt			
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C				
Berlin	13	30	25	20	39	24	23	16	37	5	7	10	10	93	184	30	229					
Bremen	1	5	2	4	—	2	3	—	—	—	—	—	—	3	3	4	8	7	12			
Breslau	3	1	1	10	2	1	—	1	3	—	—	—	—	3	11	3	8	25	6			
Celle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
Chemnitz	—	3	—	1	5	—	3	2	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	4	11		
Eilenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16	1	4	16
Forst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Hamburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Hannover	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Herrford	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Leipzig	3	3	1	10	32	1	4	12	6	4	4	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	
Lübeck	2	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Zusammen	22	9	37	40	107	42	33	18	32	21	8	37	5	2	7	120	33	116	24	177	271	
Bor. Woche	30	7	23	42	105	46	36	24	27	18	8	30	3	3	10	116	25	105	24	172	244	

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.